

Stephan Klenner

Schülergrundrechte

Zum Spannungsverhältnis von Grundrechten, Elternrecht und staatlichem Auftrag bei politischer und journalistischer Betätigung minderjähriger Schüler. Zugleich ein Beitrag zur parteirechtlichen Einordnung politischer Schülervereinigungen



Politische und journalistische Schüleraktivitäten sind umstritten: Dürfen Schüler dem Unterricht fernbleiben, um politische Ziele durchzusetzen? Sollte die Schulleitung Einfluss auf den Inhalt von Schülerzeitungen haben? In welchem Umfang ist die Arbeit politischer Schülervereinigungen zulässig? Stephan Klenner untersucht, welche Vorgaben das Grundgesetz dazu macht. Nicht nur der staatliche Schulauftrag, sondern auch die Rechte von Mitschülern und Eltern begrenzen politische und journalistische Schüleraktivitäten. Andererseits verlangt das Grundgesetz aber auch, ein Mindestmaß an Engagement zuzulassen. Der Autor stellt fest, dass nicht alle Bundesländer die grundgesetzlichen Vorgaben zu Schüleraktivitäten in ihrem Schulrecht berücksichtigen. Er analysiert außerdem den parteirechtlichen Status politischer Schülervereinigungen und gibt einen historischen Überblick zu deren Arbeit.

Stephan Klenner Geboren 1989; Studium der Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht der Universität Marburg; 2018 Promotion; seit 2019 Rechtsreferendar am Landgericht Marburg.

2019. XV, 258 Seiten. StudÖR 45

ISBN 978-3-16-157658-4
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 978-3-16-157659-1
DOI [10.1628/978-3-16-157659-1](https://doi.org/10.1628/978-3-16-157659-1)
eBook PDF 89,00 €

Jetzt bestellen:

<https://www.mohrsiebeck.com/buch/schuelergrundrechte-9783161576584/>

Telefon: +49 (0)7071-923-17

Telefax: +49 (0)7071-51104